



Diskussionsthemen

Die Idee,
die Kriterien,
die Vorbereitung,
die Umsetzung

05.02.2026 von Bernd Aldenhövel
(interner Identifier 20260205-101)

Abstract: Mit diesem Text will ich die Frage beantworten, welche politischen Themen im Diskursverein diskutiert werden können. Welche Thesen oder Vorschläge sind geeignet? Welche Kriterien dürfen wir anwenden? Welche sind ungeeignet, und warum? Wie wird eine Diskussion vorbereitet, und wie wird sie umgesetzt? Der Text schließt mit einer Darstellung verschiedener Beispiele ab.

Einführung

Der Diskursverein will Menschen zusammenbringen, damit sie in einer definierten Umgebung auf Augenhöhe politische Themen diskutieren können. Sehr schnell stellt sich daher die Frage, welche Themen das sein könnten. Dieser Text widmet sich dieser Frage.

Manche Vorschläge finden spontane Zustimmung. Andere Vorschläge lösen ebenso spontan Bauchschmerzen aus. Was sind die Unterschiede? Warum wird der Diskursverein bestimmte Themen zur Diskussion anbieten, aber andere nicht? Liegt hier ein Denkverbot vor, oder eine systematische, begründbare Abgrenzung, die verhindern soll, dass Aufwand in ungeeignete Diskussionsthemen gesteckt wird, mit denen ein Austausch nicht stattfinden kann?

Grob gesprochen wird es einen Prozess geben, von der ersten Idee („Lass uns doch mal über X diskutieren!“), über die Auswahl („Ist X überhaupt ein geeignetes Thema“) und die Vorbereitung („Was geben wir den Diskursteilnehmer*innen als Info-Material zum Thema X mit?“) bis hin zum Angebot („Der Diskursverein bietet eine Diskussion zum Thema X an!“).

Zur Verdeutlichung werden hier Beispiele erläutert, die sich an den Thesen des Wahl-o-Mat zur Bundestagswahl 2025¹ orientieren.

1 https://www.bpb.de/system/files/datei/Wahl-O-Mat_Bundestagswahl_2025_Datensatz_v1.02.zip

Ideen

Der Diskursverein wird seinen Mitgliedern und den Diskursteilnehmer*innen auf seiner Plattform die Möglichkeit geben, Ideen und Vorschläge für Diskursthemen einzureichen. Das wird sehr formlos sein, und in der Folge wird der Verein viel sortieren müssen.

Nehmen wir mal an, jemand schlägt vor: „Lass uns doch mal über Kernenergie reden!“. Außerdem liegen weitere Vorschläge auf dem Tisch: „Wollen wir eine gerechte Vermögensverteilung?“, „Wollen wir mehr Sicherheit an Bahnhöfen?“, „Nur Barbaren essen Fleisch von toten Tieren!“

Anforderungen an Ideen

Es ist nicht erforderlich, dass die Ideen perfekt ausformuliert sind. Der Diskursverein wird sie aufbereiten müssen. Es erscheint aber sinnvoll, Ideen für Diskussionsthemen so prägnant zu formulieren, dass sie als Überschrift über einen Diskurs geeignet sind.

Wo sind die Knackpunkte?

Keine unbestimmten Begriffe

Ein Thema muss spezifisch sein, d.h. es darf keine unbestimmten Begriffe enthalten. Dies trifft nicht zu für den Vorschlag „Wollen wir eine gerechte Vermögensverteilung?“. Der Begriff „gerecht“ kann nämlich vieles bedeuten, er müsste zuerst geklärt werden. Jemand könnte es „gerecht“ finden, wenn alle genau gleich viel Vermögen besitzen. Jemand könnte es „gerecht“ finden, wenn die reichste Person in der Gesellschaft höchstens 100x so viel besitzt wie die ärmste Person in der Gesellschaft. Jemand könnte es „gerecht“ finden, wenn die Vermögensverteilung sich an der individuellen Leistung orientiert, oder am Wohlstand der Eltern und Großeltern.

Dies ist kein Denkverbot, sondern eine Einschränkung auf einen Begriff, bei dem alle ungefähr das Gleiche meinen. Sonst könnten wir nicht miteinander diskutieren.

Bei der Aufbereitung müsste der Verein daher eine spezifische Frage zur Diskussion stellen, z.B. „Wollen wir eine Vermögensverteilung, die sich am Wohlstand der Eltern und Großeltern orientiert?“

Kein Thema, welches nicht kontrovers ist

Ein Thema muss kontrovers sein, d.h. es muss mindestens zwei entgegengesetzte Positionen geben. Dies trifft nicht zu für den Vorschlag „Wollen wir mehr Sicherheit an Bahnhöfen?“. Denn auch wenn wir ein gemeinsames Verständnis von „Sicherheit“ haben, die als etwas Gutes angestrebt wird, geht es in der Frage bloß um ein „mehr“, aber nicht um eine Alternative, bzw. um einen möglicherweise zu zahlenden Preis.

Dies ist kein Denkverbot, sondern eine Einschränkung auf Themen, bei denen man mehr als eine Meinung haben kann. Sonst bräuchten wir nicht miteinander diskutieren.



Bei der Aufbereitung müsste der Verein daher mindestens eine Alternative zur Diskussion stellen, z.B. „Wollen wir mehr Sicherheit an Bahnhöfen, oder wollen wir weniger teure Planstellen für die Polizei?“, oder je nach Sichtweise: „Wollen wir mehr Sicherheit an Bahnhöfen, oder wollen wir mehr Schutz der Persönlichkeitsrechte an Bahnhöfen?“

Kein unpolitisches Thema

Ein Thema muss eine politische Frage behandeln, d.h. es muss Handlungsoptionen für das politische System (Gesetzgeber, Regierung, Gerichte) geben. Dies trifft nicht zu für den Vorschlag „Nur Barbaren essen Fleisch von toten Tieren!“. Denn der Vorschlag ist ein Werturteil über ein bestimmtes Ernährungsmodell. Der Verzehr von Fleisch von toten Tieren ist legal. Es ist aber auch legal, dieses Verhalten barbarisch zu finden. Hier ist Toleranz vonnöten, aber nicht Diskurs.

Dies ist kein Denkverbot, sondern eine Einschränkung auf Themen, in denen Politik handeln kann und daher entscheiden muss. Sonst würden wir nicht über Politik diskutieren, sondern über „gute“ und „böse“ Meinungen.

Bei der Aufbereitung müsste der Verein daher eher politische Maßnahmen zur Diskussion stellen, die geeignet sind, den Fleischkonsum in Deutschland zu verringern: „Soll die Regierung den Fleischkonsum verteuern, beispielsweise durch den erhöhten Mehrwertsteuersatz?“

Kein grundgesetzwidriges Thema

Ein Thema muss im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung behandelbar sein, d.h. es darf weder auf die Verletzung der Menschenwürde (Art. 1 GG), noch auf die Aufhebung der föderalen Grundstruktur der Bundesrepublik (Art. 79 (3) GG), noch auf wesentliche Eigenschaften des demokratischen und sozialen Bundesstaates (Art. 20 GG) gerichtet sein.

Dies kann als Denkverbot gewertet werden. Der Diskursverein handelt selbst innerhalb des Grundgesetzes und steht auf diesem Fundament; er lehnt es daher ab, über dessen Aushöhlung zu diskutieren. Er wird zwar niemanden allein deswegen vom Diskurs ausschließen, weil er* sie solche Ideen vertritt. Jedoch wird er kein Thema zum Diskurs stellen, welches sich offensichtlich gegen das Grundgesetz richtet.

Hier muss kein Beispiel gegeben werden: es gibt leider mehr als genug entsprechende öffentliche Äußerungen, die demzufolge im Diskursverein nichts verloren haben.

Ein geeignetes Beispiel

Ein geeignetes Beispiel findet sich unter den Thesen des Wahl-o-Mat: „Für die Stromerzeugung soll Deutschland wieder Kernenergie nutzen.“



Aufbereitung der Themen

Allein mit einer prägnanten Überschrift wie „Für die Stromerzeugung soll Deutschland wieder Kernenergie nutzen“ ist kein Diskurs zu bestreiten. Der Verein wird deswegen Einstiegs- und Infomaterial bereitstellen, damit die Diskutierenden, zusätzlich zur mitgebrachten eigenen Meinung, auch Sachinformationen und mögliche Argumente kennen. Dies erlaubt einen informierten Austausch und eine bessere Würdigung der Argumente der Anderen.

Zum genannten Thema wird der Verein ein Pro-Contra-Thesenpapier erstellen, auf dem gängige Argumente für und gegen die Überschrift gegenüber gestellt werden. Der Verein wird einen kurzen historischen Abriss geben, und die Sachlage in anderen, vergleichbaren Staaten darstellen. Der Verein wird ggfs. auch informieren, welche politischen Stimmen eher die Pro-, und welche Stimmen eher die Contra-Seite vertreten.

Dies geschieht im Vorfeld. Die Diskursteilnehmenden erhalten das Informationspaket rechtzeitig im Vorfeld.

Angebot

Nach der Aufbereitung von Themen bietet der Diskursverein den Interessierten über seine Plattform die Diskurse an. Danach kann sich jede*r auf beliebig viele Diskurse bewerben, unabhängig von der eigenen, mitgebrachten Meinung oder der Vorkenntnis. Teilnehmende werden vom Verein ausgewählt und rechtzeitig informiert. Der tatsächliche Diskurs startet kurzfristig.

Beispiele

Neben den oben erläuterten Beispielen erscheinen für einen Start insbesondere die 38 Thesen des Wahl-o-Mat geeignet, weil diese spezifisch genug sind für Wahlprogramme, kontrovers genug für einen Parteienwettbewerb, und selbstverständlich auch politisch. Hier die Liste:

- Deutschland soll die Ukraine weiterhin militärisch unterstützen.
- Der Ausbau erneuerbarer Energien soll weiterhin vom Staat finanziell gefördert werden.
- Das Bürgergeld soll denjenigen gestrichen werden, die wiederholt Stellenangebote ablehnen.
- Auf allen Autobahnen soll ein generelles Tempolimit gelten.
- Asylsuchende, die über einen anderen EU-Staat eingereist sind, sollen an den deutschen Grenzen abgewiesen werden.
- Bei Neuvermietungen sollen die Mietpreise weiterhin gesetzlich begrenzt werden.
- An Bahnhöfen soll die Bundespolizei Software zur automatisierten Gesichtserkennung einsetzen dürfen.
- Energieintensive Unternehmen sollen vom Staat einen finanziellen Ausgleich für ihre Stromkosten erhalten.



- Alle Beschäftigten sollen bereits nach 40 Beitragsjahren ohne Abschläge in Rente gehen können.
- Im einleitenden Satz des Grundgesetzes soll weiterhin die Formulierung „Verantwortung vor Gott“ stehen.
- Deutschland soll weiterhin die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland fördern.
- Für die Stromerzeugung soll Deutschland wieder Kernenergie nutzen.
- Bei der Besteuerung von Einkommen soll der Spitzensteuersatz angehoben werden.
- Der Bund soll mehr Kompetenzen in der Schulpolitik erhalten.
- Aus Deutschland sollen weiterhin Rüstungsgüter nach Israel exportiert werden dürfen.
- Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in gesetzlichen Krankenkassen versichert sein müssen.
- Die gesetzliche Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen soll abgeschafft werden.
- Ökologische Landwirtschaft soll stärker gefördert werden als konventionelle Landwirtschaft.
- Der Bund soll Projekte gegen Rechtsextremismus verstärkt fördern.
- Unternehmen sollen weiterhin die Einhaltung der Menschenrechte und des Umweltschutzes bei allen Zulieferern kontrollieren müssen.
- Die Ausbildungsförderung BAföG soll weiterhin abhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt werden.
- Die Schuldenbremse im Grundgesetz soll beibehalten werden.
- Asylsuchende sollen in Deutschland sofort nach ihrer Antragstellung eine Arbeitserlaubnis erhalten.
- Deutschland soll das Ziel verwerfen, klimaneutral zu werden.
- In Deutschland soll die 35-Stunden-Woche als gesetzliche Regelarbeitszeit für alle Beschäftigten festgelegt werden.
- Schwangerschaftsabbrüche sollen in den ersten drei Monaten weiterhin nur nach Beratung straffrei sein.
- Der Euro soll in Deutschland durch eine nationale Währung ersetzt werden.
- Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur soll die Schiene Vorrang vor der Straße haben.
- Ehrenamtliche Tätigkeiten sollen auf die zukünftige Rente angerechnet werden.
- Die Grundsteuer soll weiterhin auf Mieterinnen und Mieter umgelegt werden dürfen.



- Das Streikrecht für Beschäftigte in Unternehmen der kritischen Infrastruktur soll gesetzlich eingeschränkt werden.
- In Deutschland soll es auf Bundesebene Volksentscheide geben können.
- Unter 14-Jährige sollen strafrechtlich belangt werden können.
- Deutschland soll sich für die Abschaffung der erhöhten EU-Zölle auf chinesische Elektroautos einsetzen.
- In Deutschland soll es weiterhin generell möglich sein, neben der deutschen eine zweite Staatsbürgerschaft zu haben.
- Für junge Erwachsene soll ein soziales Pflichtjahr eingeführt werden.
- Neue Heizungen sollen auch zukünftig vollständig mit fossilen Brennstoffen (z. B. Gas oder Öl) betrieben werden dürfen.
- Der gesetzliche Mindestlohn soll spätestens 2026 auf 15 Euro erhöht werden.

Die Auflistung dieser Themen ist in keinem Fall als Unterstützung einer These zu werten, sondern lediglich als Hinweis darauf, dass der Diskursverein ein solches Thema für diskussionswürdig hält.

